

2 „Politische Legitimität und politischer Raum“ als Untersuchungsgegenstände

2.1 Theorien der politischen Legitimität

In der politischen Philosophie und Theorie wird eine Vielzahl von politischen Legitimitätstheorien diskutiert. Die politischen Legitimitätstheorien können nach a) historischen und b) systematischen Forschungsgesichtspunkten unterschieden und kategorisiert werden.

a) Historisch wird politische Legitimität in dieser Dissertation erst ab der frühen Neuzeit als Untersuchungsgegenstand erfasst, weil in diesem Epochenabschnitt die Theorie des Königs von Gottes Gnaden – die als Letztes noch von Jean Bodin⁶ vertreten wurde – zuerst durch weltliche Legitimationslehren ersetzt wurde, die anschließend sukzessive eine Demokratisierung erfuhren. Auch wenn die antiken Demokratiekonzeptionen, die nur einen verschwindend geringen Bevölkerungsteil als zugehörig zum *demos* begriffen⁷, und einige theologische Spekulationen des Mittelalters, welche geistige Grundlagen für die Demokratisierung des Staates ausbildeten⁸, legitimitätstheoretisch nicht als substanzlos beurteilt werden können, und politische Legitimität theoretisch auch nicht voraussetzungslos

⁶ Bodin (1529-1596) – unmittelbarer Vorgänger von Hobbes – vertrat die Theorie, dass der König irdischem Recht nicht unterworfen sei, weil er nur aus göttlichen Naturrechtsquellen das *ius maiestatis* oder die *souveraineté* schöpfen dürfe. Der Monarch sei praktisch an das göttliche Recht gebunden (vgl. Bodin 1976: 39-46).

⁷ Bei Platon, Aristoteles und anderen Autoren der griechischen Antike gilt Demokratie als illegitime Staatsform, weil die Menge des Volkes die Politik bestimme, und in der Konsequenz der Pöbel den Staat regiere. Zum *demos* werden in der Antike dabei allerdings nur vermögende, waffentragende Männer gezählt (vgl. Aristoteles 1995: 91), jedoch keine Sklaven und Frauen. Aristoteles begreift die Demokratie, in welcher die Armen zu ihrem Vorteil regierten, als negative Entartung der gesamtwohlorientierten *politie*. Im Endeffekt waren nur wenige Prozent der Bevölkerung zur Abstimmung in den Versammlungen der *polis* berechtigt.

⁸ Die Scholastik wird zu Unrecht als eine kulturlose und „Nichts sagende“ metaphysische Wissenschaft beurteilt. Vielmehr bereitet sie die neuzeitliche Philosophie und Aufklärung durch die im Gewand der Diskussion theologischer Fragen gewonnenen Erkenntnisse geistig vor. Exemplarisch sind die Auseinandersetzungen zwischen Realismus und Nominalismus im Universalienstreit und die politik- und rechtstheoretischen Schriften des Mittelalters, insbesondere des Thomas von Aquin, zu nennen (vgl. Mensching 1992: 59-92, 243-273).

mit Volkssouveränität gleichgesetzt werden darf⁹, soll im Dissertationskonzept berücksichtigt werden, dass der Gedanke der Demokratie erst in der Neuzeit philosophisch systematisiert wurde. De jure und de facto wird der Demokratie – forciert durch die Aufklärung – erst seit der Moderne eine universelle Anerkennungswürdigkeit seitens Herrschender und Beherrschter zugesprochen. Die Dissertation wird aus diesem Grund mit den aufeinander folgenden Gesellschaftsvertragstheorien Hobbes', Lockes und Rousseaus beginnen und mit den ideengeschichtlichen Weiterentwicklungen fortfahren. Deren staats-theoretische Schriften begründeten – wenn man politische Legitimität etymologisch auffasst und an der von lateinisch *legitimus* und französisch *légitimité* abgeleiteten Rechtmäßigkeit orientiert (vgl. Braun / Schmitt, in: Kaina / Römmele 2009: 53) – jene Grundwerte und -prinzipien demokratischer Herrschaft, die das demokratietheoretische Verständnis politischer Legitimität – wenn auch in oft widersprüchlicher Art und Weise – kognitiv bis ins Jahr 2014 prägen.

Die Dissertation wird sich an der These orientieren, dass Demokratie und politische Legitimität immanent verbunden sind: Autokratien können politische Legitimität beanspruchen, wenn die von der Führung beschlossenen Politikverfahren und die implementierten Politikergebnisse a posteriori die Zustimmung der Bevölkerung genießen. In Demokratien können bereits die Politikformulierungsprozesse, in denen das Agenda-Setting beendet ist und Politik inhaltlich entschieden wird (vgl. Jann / Wegrich, in: Schubert / Bandelow 2003: 83-92), a priori durch die Willensäußerung des Volkes (in Wahlen) beeinflusst werden¹⁰. Deshalb besteht in Demokratien ein größeres Potential zur erfolgreichen Herstellung politischer Legitimität als in Autokratien¹¹. Die Offenheit und Transparenz demokrati-

⁹ Die Herrschaft von Autokratien und Diktaturen muss nicht zwangsläufig auf Unterdrückung und Meinungsmanipulationen basieren und kann unter Umständen die explizite Zustimmung der Bevölkerung für ihre Politiken erhalten. Wie Schmidt durch einen Demokratie-Diktatur-Vergleich verdeutlicht, gelingt es einer Reihe semiautoritärer und -demokratischer Regime ökonomische Krisen schneller zu überwinden und Rationalitätsgewinne gegenüber Demokratien zu erzielen, weil es eine geringere Neigung gibt, „(...) Kosten von Entscheidungen, die zu Lasten der Zukunft gehen, in Kauf zu nehmen“ (vgl. Schmidt, in: Greven / Schmalz-Bruns 1999: 280). Politische Legitimität kann es demnach theoretisch auch in Nichtdemokratien geben.

¹⁰ Ernst Fraenkel unterscheidet zwischen einer demokratischen Willensbildung, die a posteriori nach pluralistischen Diskussions- und Aushandlungsprozessen das Allgemeinwohl bestimmt und einer totalitären Willensbildung, die a priori aus einer Ideologie das Gemeinwohl moniert (vgl. Fraenkel 1991: 297-315). Der Beurteilung Fraenkels, die a priori Willensbestimmung von Diktaturen gehe auf Rousseaus *volonté générale* zurück, soll hier aber nicht gefolgt werden. Politische Gemeinwohldefinitionen sind nicht per se totalitär.

¹¹ Gemessen an Grundrechtsschutz, Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger, politischer Gleichheit vor dem Gesetz, Rechenschaftspflicht der politischen Führung und der Chance zur Wahl und Abwahl der Machthaber sind Demokratien Nichtdemokratien überlegen (vgl. Schmidt, in: Greven / Schmalz-Bruns 1999: 276).

scher Verfahren bietet die Chance zur größtmöglichen Legitimation der Politikformulierung durch die Schaffung langfristigen politischen Vertrauens. Auch wenn die Untersuchung auf die philosophischen Aspekte und begriffsgeschichtlichen Ausgestaltungen des politischen Legitimitätsbegriffs figuriert, soll im weiteren Textverlauf verdeutlicht werden, wie politische Legitimität ideengeschichtlich mit der Herrschaft des Volkes¹² verwoben wurde. Das letzte Kapitel behandelt ausdrücklich, wie politische Legitimität unter dem Druck von Europäisierung- und Globalisierungszwängen mit Demokratisierung vereint werden kann.

b) In der politischen Theorie wird historische Forschung methodisch als „unsystematisch“ begriffen, wenn beispielsweise ein spezifischer historischer Zeitraum als Bedingungsfaktor für eine politische Ideengenese untersucht und dabei Quellenstudium nach Vorgaben des historischen Relativismus betrieben wird, der Urteile zum Zusammenhang einer bestimmten Quelle mit anderen Quellen und von diesen Schlüsse auf eine ideengeschichtliche Tendenz oder Kausalität unter Hinweis auf die Existenz sich widersetzender oder noch nicht bekannter Quellen ablehnt¹³. Ähnlich wird unter „systematischer Forschung“ – bei Außerachtlassung geschichtlicher Einflüsse auf die Disposition des Forschungsgegenstands (vgl. Nohlen / Schultze 2002: 943) – oft die Analyse einer Einzeltheorie nach dem Kriterium der inneren Widerspruchslosigkeit oder der Vergleich zweier zeitgleich entstandener und auf denselben fachdisziplinären Bereich, beispielsweise die politische Ethik, bezogener politischer Theorien verstanden. Ein solches Forschungsverfahren kann in der Tat „ahistorisch“ sein, falls ausschließlich die logische Beschäftigung mit einer Theorie erfolgt, und aus diesem Grund deren Einbettung in den historischen Kontext vernachlässigt werden darf.

In dieser Dissertation werden die ideengeschichtlichen Paradigmenwechsel seit der frühen Neuzeit bis zu den dominanten legitimitätstheoretischen Kontroversen der Gegenwart systematisch untersucht. Dabei wird berücksichtigt, dass die Postulierung eines Gegensatzes von „historisch“ und „systematisch“ in dem an dieser Stelle gewählten Verfahren hinfällig ist: Paradigmenwechsel haben ihre Ursachen in Aporien philosophischer Denksysteme und den ideengeschichtlichen Neukonzeptionen der aporetischen Denkinhalte in neuen Theorien. Die legitimitätstheoretischen Kontroversen der Gegenwart sind wiederum nicht ahistorisch und weisen in den oft schroffen Entgegensetzungen der Legitimitätsansätze auf

¹² Demokratie stammt etymologisch von griechisch *demos* = Volk und *kratien* = herrschen (vgl. Buchstein, in: Göhler / Iser / Kerner 2006: 47).

¹³ Über die Aneignung von „Geschichte“ bestimmt eine Geschichtstheorie und -methode (vgl. Kapitel 2.3). So kommen neben dem Relativismus der Positivismus, der Historismus und die historische Dialektik (vgl. Kluxen 1974: 185-236) zu gänzlich verschiedenen Antworten auf die Fragen nach dem Verhältnis von Individuellem und Allgemeinem sowie Kausalität und Zufall in der Geschichte (vgl. Faber 1971: 45-65, 66-88).

gemeinsame Forschungsinteressen und mögliche Kombinationen innerhalb zukünftiger Theorieinnovationen hin¹⁴. Aus diesem Grund wird für die Dissertation eine historisch-systematische Methodik gewählt. Diese wird im Abschnitt 2.3 genau beschrieben. Mit der Auswahl einer „historischen Methode“, die das gegenwärtige Kontextverhältnis von politischem Raum und politischer Legitimität „(...) durch Rekonstruktion ihrer Entstehung und Entwicklung (...) [mittels der – U.K.] Interpretation von Quellen mit Hilfe hermeneutischer Verfahren“ (Alemann / Tönnemann, in: Alemann 1995: 35) verständlich werden lässt, soll für die nähere Zukunft jedoch keine Zwangsläufigkeit behauptet werden, nach welcher die gemeinsamen Forschungsinteressen der entgegengesetzten modernen Legitimitätsansätze auch tatsächlich zu einer sich ideengeschichtlich rasch entwickelnden Kombination führen müssen: Die modernen Legitimitätsansätze haben alle ihre „blinden Flecke“ (Luhmann), was bedeutet, dass die ursprüngliche Unterscheidung der eigenen Theorie von den anderen Theorien, welche die eigene Theoriegrundlage ausdifferenziert, keine Beachtung im weiteren Forschungsprozess der eigenen Theorie mehr findet. Die Beobachtungstätigkeit jeder Theorie richtet sich zuallererst auf die Beobachtung der anderen Theorien und nicht auf ihre Selbstbeobachtung. Aus diesem Grund sollen die postklassischen Legitimitätstheorieansätze in dieser Dissertation besonders kontrovers diskutiert werden.

Der Großteil der Monografien und Sammelbände zur Politischen Legitimität rezipiert und entwickelt schwerpunktbildend und wiederkehrend folgende Legitimitätstheorien weiter:

1. Normativ-philosophische Gesellschaftsvertragstheorien – Hobbes, Locke, Rousseau
2. Systematisch reflektierte Rechtsphilosophien – Kant und Hegel
3. Rechtswissenschaftliche Theorien – Hans Kelsen, Carl Schmitt u. a.
4. Marxismus – Materialistische Staatstheorie – Joachim Hirsch u. a.
5. Soziologische Theorie a) Handlungstheorie – Max Weber
 b) Systemtheorie – Niklas Luhmann
6. Empirische und deskriptive Theorien im Anschluss an die Politische Systemtheorie David Eastons. Anderweitige sozialwissenschaftliche Umfrageforschungen
7. Diskurstheorien a) Kommunikative Diskurstheorie – Jürgen Habermas
 b) Hegemoniale Diskurstheorie – Michel Foucault

¹⁴ Die These impliziert, dass auch Makrotheorien wie Hegels Rechtsphilosophie, Webers Handlungstheorie und Luhmanns Systemtheorie nicht logisch in sich geschlossen, sondern geschichtlich aufeinander bezogen sind. Theorien prüfen und integrieren Argumente anderer Theorien, ansonsten tendieren sie zum Autismus.

8. Moderne Politische Theorien. Neue politische Legitimitätsansätze und -diskurse
 - a) Politikanalytische Input- und Output-Theorien – Scharpfs Output-Legitimation
 - b) Theoriediskussionen der Internationalen Beziehungen – New Modes of Governance and Legitimacy – Global Governance, Transnationale und kosmopolitische Demokratie
 - c) Globalisierungskritische Internationale Politische Ökonomie und Postmarxistische Krisentheorie – Hardt und Negris Empire, Crouchs Postdemokratie u. a.
 - d) Neue Medien: Politische Legitimität durch elektronische Demokratie?

1.) Die normativ-philosophischen Gesellschaftsvertragstheorien Hobbes', Lockes und Rousseaus beschäftigen sich mit normativen Argumentationen, die um den moralisch und institutionell besten Gesellschaftsaufbau kreisen. Den Ausgangspunkt aller Überlegungen bildet die menschliche Natur in der Staatslosigkeit. Im Zentrum der Gesellschaftsvertragstheorien steht ein ideeller Vertragsschluss zwischen den Gesellschaftsmitgliedern, durch den der Staat entsteht und dessen Herrschaft legitimiert wird. Der Kontraktualismus der Gesellschaftsvertragstheoretiker beinhaltet deshalb zweifellos nicht nur normative Zielsetzungen, sondern auch rechtsphilosophische und -wissenschaftliche Theorieimplikationen. Die Naturzustandsbegriffe und politischen Anthropologien sind hauptsächlich ontologische Projektionen ihrer Autoren, zugleich aber auch durch historische Ereignisse beeinflusst. So verbindet Hobbes gedankliche Vorstellungen von der Funktionsweise eines staatsfreien Politikraumes mit empirischen Bezügen zum englischen Bürgerkrieg von 1642 bis 1649¹⁵.

2.) Kant und Hegel integrieren die Vorarbeiten Hobbes', Lockes und Rousseaus in ihre Rechtsphilosophien. Die Differenz zu ihren Vorgängern besteht im epistemologischen Anspruch, der aus der „Deduktion der reinen Verstandesbegriffe aus der ursprünglich-synthetischen Einheit der Apperzeption“ (vgl. Kant 1998: 164-232) resultiert. Die Rechtsphilosophie nimmt als Subdisziplin der praktischen Philosophie ihren zugeordneten Platz in der Einheit des philosophischen Systems ein und ist wissenschaftlich als Bestandteil der Architektonik der reinen Vernunft zu analysieren. Kants kritischen Idealismus' und Hegels spekulative Bewusstseinsphilosophie verbindet die Notwendigkeit, der Konzeptualisierung des Rechts eine Erkenntniskritik vorhergehen lassen zu müssen und die Vorstellung,

¹⁵ Auf Hobbes' Methodologie (Beeinflussung durch den englischen Bürgerkrieg, materialistische Erkenntnistheorie, etc.) geht eine Reihe von Sekundärliteratur (vgl. Adam 1999: 22-77 / Kersting 2008, ders. 1994: 59-103 / Münkler 2001 / Nonnenmacher 1989: 13-69 / Schäfer 1997 / Schelsky 1981 / Willms 1970) ein.

Rechtsschöpfung ausschließlich als Ergebnis eines systematischen Selbstreflexionsprozesses der Rechtsgrundgrundlegungen durch das transzendente Subjekt betreiben zu können. Während Kant das Gesellschaftsvertragskonstrukt aufnimmt und in seiner Rechtsphilosophie theoretisiert, lehnt Hegel den Vertragsgedanken als undialektisch ab¹⁶: Das Recht sei durch Vernunft geprägt und entwickle sich aus sich heraus. Für Kant ist politische Legitimität transzendental zu analysieren und anschließend durch menschliches Handeln umzusetzen, für Hegel ist politische Legitimität ein Moment des Gedankens, der sich realisiert.

3.) Rechtswissenschaftliche Theorien – z.B. von Hans Kelsen und Carl Schmitt – theoretisieren politische Legitimität als Bestandteil des von der Politik erzeugten Rechts, dem die Politik ihrerseits wiederum unterworfen ist¹⁷. In den rechtswissenschaftlichen Theorien geht es im Unterschied zu den Gesellschaftsvertragstheorien nicht mehr um die Diskussion des naturrechtlich vorgeschriebenen Aufbaus einer politischen Ordnung nach Werten (z.B. Gleichheit, Gemeinwohl) und politischen Menschenbildern oder um die Deduktion einer Rechtsordnung aus Vernunftrecht. Stattdessen wird eine bestimmte konstitutionell verankerte politische Ordnung als geltend vorausgesetzt und auf dieser Basis, der Normativität des Rechtssinns folgend, das öffentliche Recht interpretiert und kodifiziert. In der Regel ist deshalb der Rechtspositivismus der Inbegriff rechtswissenschaftlicher Theorien – jedoch sind metaphysische und naturrechtliche Theorieanleihen, so genannte überpositive Rechtsgrundsätze, wie die Menschenwürde im Grundgesetz, durchaus integrationsfähig¹⁸.

4.) Für die materialistische Staatstheorie ist das Recht ein Ausdruck des ökonomischen Unterbaus im politisch-ideologischen Überbau: Als Weiterentwicklung der Kritik der politischen Ökonomie von Marx thematisiert sie die Beziehung zwischen dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und dem bürgerlichen Staat. Dieser wird als „ideeller Gesamtkapitalist“¹⁹ begriffen, der die wirtschaftliche Konkurrenz durch Gewaltmonopol und Rechtsstaatlichkeit ordnet und in zyklischen Krisensituationen einzelne Teile des Kapitals absterben lässt: Durch eine veränderte organische Zusammensetzung des Kapitals (weniger Arbeitskraft in

¹⁶ Demnach sind in den philosophischen Systemen Kants und Hegels die Rechtsphilosophien (vgl. Kant 1977, vgl. Hegel 1986) für die Legitimitätstheoretische Analyse am bedeutsamsten.

¹⁷ Ein Kern rechtsstaatlicher Politik ist, dass Regierungspolitiken an das Exekutivrecht gebunden sind.

¹⁸ Im Gegensatz zu Kelsen sieht Schmitt überpositive Rechtsgrundsätze vor – teils sogar das Recht prinzipiierend. Zum Verhältnis von Legalität und Legitimität hat er eine eigene Schrift vorgelegt (vgl. Schmitt 1980).

¹⁹ Der in der politischen Theorie berühmte Begriff „ideeller Gesamtkapitalist“ wurde von Marx akzeptiert, stammt aber ursprünglich von Engels: „(...) der moderne Staat ist wiederum nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist“ (vgl. Engels, in: Marx / Engels 1952: 133).

Relation zu den Produktionsmitteln) sorgt der Staat zuerst für das Überleben und in der Folge für die störungsfreie Akkumulation des Kapitals aus Mehrwert. Die materialistische Staatstheorie begreift politische Legitimität als klassenpolitisch zu lösende Fragestellung. Politik könne Legitimität nur besitzen, wenn die Lohnabhängigen sich durch Abschaffung der Klassenherrschaft (Revolution) oder durch distributive Sozialpolitik (Sozialreform) von der politischen Ökonomie des Gesamtsystems Kapitalismus emanzipieren würden²⁰.

5. a) Max Webers soziologische Theorie ist durch eine qualitative und rationalistische Methode geprägt, die das Verstehen der Sinnzusammenhänge der sich in sozialen Beziehungen motivational orientierenden Individuen zum Ziel hat. Ausgehend vom Verhalten Einzelner definiert Weber idealtypische Grundbegriffe, die in empirischer Reinform nicht anzutreffen sind, aber nach Weber als Abstraktionen aus Regeln der Erfahrung typisches Handeln kausal adäquat feststellen können (vgl. Weber 1980: 1-11). Webers soziologische Handlungstheorie ist deshalb eine empirisch-analytische Theorie: Ausgehend von einer Hermeneutik der in sozialen Beziehungen erfolgten Handlungen Einzelner werden soziologische Kategorien generalisiert, die zu Analysezielen wiederum auf die Empirie angewandt werden können. Zu den zentralen Grundbegriffen Webers gehören die Macht und die drei Formen der traditionellen, legal-rationalen und charismatischen Herrschaft (vgl. Weber 1980: 124), welche ohne den Legitimitätsglauben der Bevölkerung an deren berechnete Existenzen nicht dauerhaft existieren könnten. Jedes soziale Handeln orientiere sich an der Vorstellung von Legitimität, die deshalb handlungsanalytisch zu begreifen sei.

5. b) Im Fokus der soziologischen Systemtheorie Niklas Luhmanns befinden sich nicht sinnhafte Handlungen von Individuen oder das strategische Verhalten kollektiver Akteure, sondern soziale Strukturen. Zur Reduktion der in der Moderne stetig zunehmenden Weltkomplexität bildeten sich autopoietische soziale Systeme aus, die selbstreferenziell anhand von Systemcodes wie „Zahlen / Nichtzahlen“ beim ökonomischen oder „Macht haben / keine Macht haben“ beim politischen System mit sich selbst kommunizierten. Die funktionale Differenzierung der Gesellschaft führe zur Bildung einer Vielzahl solcher operativ in sich geschlossener sozialer Teilsysteme. Den Menschen begreift Luhmann – ganz anders als Kant und Weber – als Teil der problematischen physischen und psychischen Umwelt der Systeme. Innerhalb des politischen Systems werde durch das politische Verfahren definiert, was als politisch legitim gelte. Politische Legitimität ist

²⁰ Joachim Hirsch hat sich um eine modernisierte materialistische Staatstheorie (vgl. Hirsch 2005) bemüht.

nach Luhmann deshalb als eine Eigenleistung des politischen Systems zu begreifen und zu erforschen²¹. Die Systemtheorie Luhmanns ist „funktional“ und „konstruktivistisch“ und lässt sich, wegen ihrer vergleichsweise jungen Entstehungszeit Mitte des 20. Jahrhunderts, tradierten Theorierichtungen nicht zuordnen. Luhmann grenzt sich selbst scharf von normativen Konnotationen ab; für die empirische Forschung lässt sich seine Theorie nur begrenzt operationalisieren.

6.) Der Amerikaner David Easton wurde mit seinem Grundlagenwerk „The political system: An Inquiry into the State of Political Sciences“ (vgl. Easton 1953) zum schulungstheoretischen Begründer des politikwissenschaftlichen Funktionalismus². In diesem Buch entwickelte Easton ein „Environment-Input-Output-Feedback“-Modell eines politischen Systems. Das System wird von ihm – im Gegensatz zu Luhmanns autopoietischen System – einerseits als Adressat von gesellschaftlichen Forderungen und Unterstützungsleistungen (demands and supports) und andererseits als Lieferant verbindlicher Entscheidungen und Maßnahmen (decisions and actions) bestimmt. Als „black box“ verarbeite es die eingehenden demands and supports (inputs) in die ausgehenden decisions and actions (outputs), die von der Gesellschaft wiederum aufgenommen und normativ bewertet würden und die – wie in einem Regelkreislauf – zu neuen demands and supports (inputs) gerännen. Auf der Basis dieses Grundgedankens unterschied Easton in folgenden Werken (vgl. Easton 1965, ders. 1990) zwischen politischen Funktionen (functions) und Strukturen (structures) und begründete ein methodisches Instrumentarium (framework of analysis), um Ursache-Wirkungszusammenhänge zwischen den Funktionen und Strukturen komparativ zu ermitteln, und um ihren Einfluss auf die Politikimplementation untersuchen zu können. Das von Easton entwickelte Instrumentarium ermöglicht, mittels der Erhebung von Daten die Inputs statistisch zu messen und ein genaues Bild davon, was in der politischen Systemtheorie Eastons als politische Legitimität gilt, zu erhalten. Entweder in Anknüpfung an Eastons Systemmodell²² oder mit theoretisch wesentlich subtileren empirisch-deskriptiven Mitteln entwickelten sich sozialwissenschaftliche Umfrageforschungen, die nach den Kriterien von Reliabilität und Validität abfragen, was aus Sicht der Bevölkerung „politisch legitim“ ist.

7. a) In einführenden Worten lässt sich Jürgen Habermas' Legitimitätstheorie folgenderweise skizzieren: In offenen Diskursen – alle Menschen sollen unter Be-

²¹ Mit „Legitimation durch Verfahren“ hat Luhmann (vgl. Luhmann 1983) seine Legitimitätstheorie ausgearbeitet. In späteren Kurzschriften zum politischen System vertieft Luhmann seine dort getroffenen Aussagen.

²² Ein gutes Beispiel für eine auf Eastons Systemmodell basierende empirische Legitimitätsstudie ist Bettina Westles Monografie „Politische Legitimität. Theorien, Konzepte, empirische Befunde“ (vgl. Westle 1989).

achtung bestimmter Diskursregeln gleichberechtigt am Diskurs teilnehmen können – müssen Werte durch normative Legitimationen als kollektiv geltend bestimmt werden. Wenn alle Diskursteilnehmer sich an der „idealen Sprechsituation“ (vgl. Habermas 1995: 177 f.) orientieren und ihre Sprechakte an den Geltungskriterien der Wahrheit, Richtigkeit, Wahrhaftigkeit und Verständlichkeit ausrichten, führt der Kommunikationsprozess zu vernünftigen Konsensen. Das „höherwertige Rationalitätsniveau“ kommunikativen Handelns beruht auf dem zwanglosen Zwang des besseren Arguments – der intersubjektiven, prozeduralen Vernunft des Diskurses. Politische Legitimität ist deshalb als deliberatives Kommunikationsergebnis zu verstehen. Zugleich bedeutet politische Legitimation die Anerkennungswürdigkeit einer politischen Herrschaft. Diese kann in dem Idealfall als gegeben beurteilt werden, wenn das Herrschaftshandeln sich diskursiv vor den Beherrschten als rational, das heißt als politisch wahr, ausweist und die kollektiv verbindlichen Werte im Sinne aller praktisch umsetzt²³.

7. b) Von den sechziger bis zu den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts arbeitet Michel Foucault in drei verschiedenen Phasen seines Werkes mit einer stark wechselnden methodischen Ausrichtung zu den Themenfeldern 1.) Wissen, 2.) Macht und 3.) Selbstpraktiken. Foucaults in seiner ersten Werkphase „in Anlehnung an eine Metapher von Freud „Archäologie““ (Honneth / Saar, in: Foucault 2008: 1657) genannte Diskurstheorie ist im Gegensatz zu Habermas' Diskurstheorie methodisch also nicht normativ, sondern historisch-genealogisch und deskriptiv fundiert und erschließt durch immanente Analysen von Diskursen „mit Hilfe einer wissenschaftshistorischen und epistemologischen Begrifflichkeit und Methodologie“ (dies.: ebd.) das Themenfeld Wissen. Die zum Themenfeld Wissen entworfene Diskursanalytik wird in der zweiten Werkphase, „die keine Diskurse als solche, sondern die historischen Prozesse der Bildung und Transformation von „Dispositiven“ der Macht zum Thema hat“ (dies.: 1658), nicht angewandt, von Foucault aber in einem Teil seiner dritten Werkphase wieder aufgegriffen und weiterentwickelt, indem in einer „Geschichte der Ethik und der Selbsttechnologien“ (dies.: ebd.) die Subjektkonstruktion von Individuen in Diskursen zu Körper- und Sexualpraktiken untersucht wird. Foucault versteht unter Diskurs in Abgrenzung zu Habermas nicht das Ideal einer herrschaftsfreien Konversation unter Gleichen. Stattdessen seien Diskurse eine Kombination aus sprachlichen Aussagen und ihren Beziehungen zu Institutionen, ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen, sozialen Norm-systemen und individuellem Verhalten. Die Macht strukturiere Diskurse und präge die Gesellschaft hegemonial durch Diskursprozeduren wie Reglementierung, Ausschließung und Unterdrückung (vgl. Foucault 1991: 9-30).

²³ Habermas hat seine Legitimitätstheorie erstmals in „Legitimitätsprobleme im Spätkapitalismus“ (vgl. Habermas 1973) formuliert. Wie Luhmann konkretisiert Habermas seine Argumentation in späteren Schriften.

Politische Legitimität könnte es nach Foucault geben, wenn es gelänge, Diskurse zu dekonstruieren und die Subjektivierungen des Menschen durch die sich in der Realität überkreuzenden Linien von Wissen, Macht und Selbstbeziehung, die Foucault vorrangig nur methodisch schied, über sich selbst aufzuklären.

8. a) Fritz W. Scharpf's Theorem der Output-Legitimation gehört zu den neuen politischen Legitimitätsansätzen, die der Modernen Politischen Theorie zuzuordnen und fachdisziplinär als originär politikwissenschaftlich zu verstehen sind. Die Ansätze zeichnen die stärkere Bezugnahme auf aktuelle empirische Politiklagen und der Verzicht auf ein Maß von makrotheoretischer Geschlossenheit wie bei Hobbes, Kant, Weber, Habermas und Luhmann aus. Scharpf's Ansatz baut auf dem politischen Systemmodell Eastons auf und nutzt dieses in Kombination mit anderen Methodiken zur Politikanalyse von Wohlfahrtsregimen, des deutschen Föderalismus' und des europäischen Regierens. Anbindend an die „komplexe Demokratietheorie“ (vgl. Scharpf 1970) seiner frühen akademischen Betätigungszeit unterscheidet er in „Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?“ (vgl. Scharpf 1999) zwischen einer „Input-“ und einer „Output-Legitimation“ als gleichberechtigten Parts der Herstellung politischer Legitimität. Unter „Input-Legitimation“ versteht Scharpf die „Herrschaft durch das Volk“, welche die „authentischen Präferenzen der Mitglieder einer Gemeinschaft“ (Scharpf 1999: 16) als Ergebnis eines offenen Partizipationsprozesses, der demokratische Mehrheitsabstimmungen ebenso wie konsensuale Politiken umfassen könne und auf einer vorgängigen kollektiven Identität der Bürger eines Gemeinwesens beruhe, spiegelt. Während die Input-Legitimation aus der demokratischen Willensbildung resultiere, basiere die „Output-Legitimation“ auf der „Herrschaft für das Volk“ und generiere durch die Erzielung effektiver Politikergebnisse mittels Regierens. Die „Output-Legitimation“ setze keine kollektive Identität und Willensbildung voraus, sondern leite sich von einem gemeinsamen Interesse der Bürger an der „Fähigkeit zur Lösung von Problemen ab, die kollektiver Lösungen“ (Scharpf 1999: 20) bedürfen. Für Scharpf können die Input- und Output-Legitimation miteinander vereinbar, aber auch konträr sein. In der Konsequenz bedeutet dies, dass eine hohe Output-Legitimation eine niedrige Input-Legitimation überkompensieren kann. Obwohl dem europäischen Regieren wegen der schwachen legislativen Kompetenzen des Europäischen Parlaments, der Komitologie und der Nichtexistenz eines kollektiv identifizierten „europäischen Demos“ die „Input-Legitimation“ fehle, sei es wegen der Wohlfahrtsgewinne der europäischen Integration, die im gemeinsamen Interesse der Bevölkerungen der EU-Staaten lägen, über die Output-Seite legitimiert.

8. b) Die Diagnose vom Souveränitätsverlust des Nationalstaats hat in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen zur For-

Politische Legitimität und politischer Raum im Wandel
Eine historisch-systematische Studie zu einem
Kontextverhältnis

Kemper, U.

2015, VIII, 399 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-09596-3